

Muster für möglichen Antrag auf Ruhen des Verfahrens mit Blick auf die beim Bundesverfassungsgericht weiterhin zum Masernschutzgesetz anhängigen Verfassungsbeschwerden im Schulkontext

(z.B. im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens gegen eine Anordnung auf Nachweisvorlage, im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens auf Prüfung des Vorliegens einer medizinischen Kontraindikation oder im Rahmen eines Einspruchsverfahrens gegen einen Bußgeldbescheid)

Ich rüge hiermit die **Verfassungswidrigkeit** der maßgeblichen Bestimmungen des Masernschutzgesetzes (hier: § 20 Abs. 8 ff IfSG).

Die Betroffenen werden durch die angefochtenen Maßnahmen des Masernschutzgesetzes in ihren Grundrechten aus Artikel 2 Abs. 2 S. 1 GG (Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit der Kinder bzw. betroffene Mitarbeiter), aus dem Grundrecht auf Artikel 6 Abs. 2 GG (Elternrecht) und in dem Grundrecht aus Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz (Gleichbehandlung) verletzt.

Zur Begründung der Verfassungswidrigkeit beziehe ich mich auf das Rechtsgutachten von Prof. Stephan Rixen (Universität Bayreuth) „Verfassungsfragen der Masernimpfpflicht: Ist die Impfpflicht nach dem geplanten Masernschutzgesetz verfassungswidrig?“ (Stand: 11.10.2019).

Das Rechtsgutachten ist hier abrufbar:

https://individuelle-impfentscheidung.de/fileadmin/Downloads/Rechtsgutachten_Rixen_Langfassung.pdf

Das Rechtsgutachten behandelt die Frage der Verfassungswidrigkeit zwar auf Basis des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zum Masernschutzgesetz. Wesentliche Grundaussagen des Gutachtens treffen jedoch auch auf das Masernschutzgesetz in der Form zu, wie es vom Bundestag beschlossen und wie es in Kraft getreten ist.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 21.07.2022 (Aktenzeichen 1 BvR 469/20, 1 BvR 470/20, 1 BvR 471/20 und 1 BvR 472/20) vier Verfassungsbeschwerden von Eltern und deren Kindern gegen das Masernschutzgesetz abgewiesen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seinem Beschluss vom 21.07.2022 jedoch nur mit Fallkonstellationen der **Kindertagesbetreuung im Vorschulalter** befasst.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Beschluss ausdrücklich festgestellt, dass die Beurteilung der Nachweispflichten im **Schulkontext** nicht von diesem Beschluss umfasst sei.

So heißt es unter Rdnr. 49 des Beschlusses:

... Von den Verfassungsbeschwerden nicht erfasst sind daher von der Auf- und Nachweispflicht betroffene Schülerinnen und Schüler (vgl. § 33 Nr. 3 IfSG), Personen, die bereits vier Wochen in einem Heim betreut werden oder in Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern untergebracht sind (vgl. § 20 Abs. 8 Satz 1 Nr. 2 IfSG), sowie Personen, die in bestimmten Einrichtungen tätig sind (vgl. § 20 Abs. 8 Satz 1 Nr. 3 IfSG).

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2022/07/rs20220721_1bvr046920.html

Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts basiert auch gerade auf der Konstellation der vorschulischen Betreuung.

Bezüglich der vorschulischen Betreuung verweist das Bundesverfassungsgericht zum Beispiel darauf, dass den Eltern die Freiheit verbleibe, ihre Kinder zu Hause oder im Kontext der nicht erlaubnispflichtigen Kindertagespflege zu betreuen beziehungsweise betreuen zu lassen.

So heißt es in Rdnr. 145 der Entscheidung:

*„Dabei wird das Gewicht des Eingriffs in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG auch dadurch abgemildert, dass die angegriffenen Maßnahmen die **Freiwilligkeit der Impfentscheidung** der Eltern als solche nicht aufheben und diesen damit die Ausübung der Gesundheitsorge für ihre Kinder im Grundsatz belassen. Sie ordnen keine mit Zwang durchsetzbare Impfpflicht an (vgl. auch § 28 Abs. 1 Satz 3 IfSG). Vielmehr verbleibt den für die Ausübung der Gesundheitsorge zuständigen Eltern im Ergebnis ein **relevanter Freiheitsraum** (vgl. zum verbleibenden Freiheitsraum auch BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 27. April 2022 - 1 BvR 2649/21 -, Rn. 209, 221, 232). Sorgeberechtigte Eltern können auf eine Schutzimpfung des Kindes verzichten. Dann müssen sie allerdings den Nachteil in Kauf nehmen, dass sie eine andere Form der Kinderbetreuung (bspw. in der nicht erlaubnispflichtigen Tagespflege) finden müssen.“*

Dieses Ausweichen aus dem Regelungskontext der Nachweispflichten des Masernschutzgesetzes besteht hier bei uns wegen Eingreifens der gesetzlichen Schulpflicht nicht mehr.

Wir sind als Eltern schulpflichtiger Kinder somit der Nachweispflicht für die gesamte Dauer der Schulpflicht „unentrinnbar“ ausgesetzt.

Es sind nach unserer Kenntnis noch Verfassungsbeschwerden zum Masernschutzgesetz auch im Schulkontext weiterhin beim Bundesverfassungsgericht anhängig (u.a. Aktenzeichen Az. 1 BvR 2700/20 sowie 1 BvR 438/21 sowie 1 BvR 588/20).

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Masernimpfpflicht im Schulkontext ist auch nicht geklärt durch den Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 30. September 2022 - 1 BvR 336/21. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Verfassungsbeschwerde aus prozessualen Gründen nicht zur Entscheidung angenommen, weil deren Begründung die Möglichkeit einer Verletzung in Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts nicht aufgezeigt habe.

In dem Beschluss heisst es wörtlich:

„Soweit die übrigen (noch) minderjährigen Beschwerdeführenden eine Schule besuchen, ist ihre Verfassungsbeschwerde unzulässig, weil deren Begründung die Möglichkeit einer Verletzung in Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten nicht aufzeigt. Für die schulpflichtigen Kinder wird bereits der Regelungsinhalt der angegriffenen Vorschriften wesentlich verkannt, weil angenommen wird, bei Ausbleiben des Auf- und Nachweises einer Masernimpfung trete ein Betreuungs- und Aufnahmeverbot ein. Das ist nicht der Fall. Entsprechendes gilt auch für die Verfassungsbeschwerde der beschwerdeführenden Eltern (auch) schulpflichtiger Kinder. Auf den hier ersichtlich für die verfassungsrechtliche Beurteilung bedeutsamen Umstand, dass die Eltern nicht wie bei Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nr. 1 und 2 IfSG durch ein drohendes Betreuungsverbot, sondern durch eine Bußgeldbewehrung zur Vornahme der Masernimpfung veranlasst werden sollen, gehen die Beschwerdeführenden in der Verfassungsbeschwerde selbst nicht ein.

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2022/09/rk20220930_1bvr033621.html

Eine Sachentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Masernimpfpflicht im Schulkontext steht damit weiterhin aus.

Wir möchten zunächst die weiteren noch anhängigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen des Masernschutzgesetzes auch gerade **im Schulkontext** abwarten (u.a. Aktenzeichen Az. 1 BvR 2700/20 sowie 1 BvR 438/21).

Wir bitten deshalb, die Angelegenheit bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Masernschutzgesetz im Schulkontext **ruhen zu lassen**.

Text aktualisiert am 10.12.2022 (Hinweis auf den Beschluss des BVerfG vom 30.09.2022 ergänzt)